

// Im Blickpunkt

Verkauf notleidender Kredite – das Thema ist derzeit nicht nur im Visier der Medien, sondern beschäftigt auch Judikatur, Politik und Gesetzgebung. So legte das BMJ am 23.1.2008 Vorschläge zum besseren Schutz von Kreditnehmern bei einem Verkauf ihrer Kredite vor, die Sparkassen erwirkten am 25.1.2008 eine einstweilige Verfügung des LG Berlin gegen ARD und WDR wegen Falschbehauptungen über Kreditverkäufe, die – so *Schalast* am 13.2.2008 in der FAZ – ein Notwehrrecht der Banken erlauben. *Domke/Sperlich* beschäftigen sich im aktuellen Beitrag mit zivil- und strafrechtlichen Problemstellungen des Verkaufs notleidender Kredite.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Zur Verjährung von Einlageforderungen bei der GmbH nach Übergangsrecht**

Der II. Zivilsenat des BGH hat im Urteil vom 11.2.2008 – II ZR 171/07 – ausgeführt, die – für zahlreiche Altfälle relevante – sprachlich misslungene Überleitungsvorschrift des Art. 229 § 12 Abs. 2 EGBGB sei schon aus verfassungsrechtlichen Gründen dahingehend zu verstehen, dass in die durch das Verjährungsanpassungsgesetz neu eingeführte zehnjährige Verjährungsfrist für Einlageforderungen (§ 19 Abs. 6 GmbHG) frühestens der Zeitraum seit dem 1.1.2002 und nicht etwa der bereits ab dem Zeitpunkt der Fälligkeit des Einlageanspruchs im Jahre 1989 verstrichene Zeitraum einzurechnen sei. Danach war die Klageforderung im zu entscheidenden Fall nicht verjährt.

(Quelle: PM des BGH vom 11.2.2008)

➔ *Dazu demnächst der Entscheidungsreport von Ziegenhagen, RA, Kanzlei Salans, Berlin*

BGH: Zur Verpflichtung des Franchisegebers oder anderer Franchisenehmer nach Rechtsscheingrundsätzen

Mit Urteil vom 18.12.2007 – X ZR 137/04 – hat der BGH entschieden: Sofern bei Vertragsschluss nicht weitere Umstände vorliegen, führt allein der Umstand, dass innerhalb eines Franchisesystems Marken oder sonstige Kennzeichen einheitlich als Bestandteil zur Bildung von weiteren Bestandteilen enthaltenden Firmen oder sonstigen geschäftlichen Bezeichnungen verwendet werden, nicht zur Verpflichtung des Franchisegebers oder anderer Franchisenehmer nach Rechtsscheingrundsätzen. Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-341-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Geltendmachung einer schiedsbefangenen Gegenforderung durch Aufrechnung

Der BGH hat mit Beschluss vom 17.1.2008 – III ZR 320/06 – entschieden: Das Verbot, eine schiedsbefangene Gegenforderung im Wege der Aufrechnung vor dem staatlichen Gericht geltend zu machen, besteht nicht mehr, wenn das Schieds-

verfahren durchgeführt und mit einem abschließenden Schiedsspruch über die Gegenforderung beendet wurde (Fortführung von BGHZ 38, 254, 258). Bei der Anfechtung eines Schiedsspruchs ist die Restitutionsklage entsprechend § 580 Nr. 6 ZPO eröffnet.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-341-2 unter www.betriebs-berater.de

LG München I: Hauptversammlungsbeschluss der Hypovereinsbank nichtig

Das LG München I hat mit Urteil vom 31.1.2008 – 5 HKO 19782/06 – entschieden: Legt eine Aktiengesellschaft einen Vertrag über die Veräußerung von Aktien ihrer Hauptversammlung zur Zustimmung vor, dessen Abschluss auf einer mit einer anderen Aktiengesellschaft abgeschlossenen Vereinbarung über den Zusammenschluss der beiden Gesellschaften beruht, so ist in der Einladung zur Hauptversammlung auch der wesentliche Inhalt der anderen Vereinbarung bekannt zu machen. Hierzu gehören auch eine erfolgte Rechtswahl sowie eine Schiedsgerichtsvereinbarung zwischen den beiden Aktiengesellschaften. Hat eine Gesellschaft den Kaufpreis dieser Aktien nach der Ertragswertmethode und den Kapitalisierungszinssatz nach dem (Tax-)CAPM ermittelt, so ist der Vorstand gem. § 131 Abs. 1 AktG verpflichtet, die Frage eines Aktionärs zu beantworten, welcher Unternehmenswert sich bei einem deutlich geringeren Risikozuschlag ergeben würde.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-341-3 unter www.betriebs-berater.de

➔ *Dazu demnächst der Entscheidungsreport von Wagner, RA bei Allen & Overy LLP, Frankfurt a. M.*

KG Berlin: Unwirksamkeit von Teillieferungs- und Teilabrechnungsklauseln – Informationspflichten als Marktverhaltensregelung

Mit Beschluss vom 25.1.2008 – 5 W 344/07 – hat das KG Berlin entschieden: Die AGB-Klausel „Teillieferungen und Teilabrechnungen sind zulässig“ ist gegenüber Verbrauchern unwirksam, § 307 Abs. 2 Nr. 1, § 309 Nr. 2a BGB. § 307 Abs. 2 Nr. 1

BGB und § 309 Nr. 2a BGB enthalten – soweit sie Leistungsverweigerungsrechte des Verbrauchers und Rücktrittsrechte desselben nach einem Verzug des Schuldners sicherstellen – Regelungen, die dazu bestimmt sind, im Interesse der Marktteilnehmer das Marktverhalten zu regeln, § 4 Nr. 11 UWG. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Unwirksamkeit der AGB-Regelung zugleich zu einem Verstoß gegen die Informationspflichten des § 312 c Abs. 1 S. 1 BGB, § 1 Abs. 1 BGB-InfoV führt (Bestätigung vom Senat, NJW 2007, 2266; gegen OLG Hamburg, GRUR-RR 2007, 287, und OLG Köln, WRP 2007, 1111).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-341-4 unter www.betriebs-berater.de

AG Plön: Keine „Schufa“-Meldung bestrittener Zahlungsverpflichtungen

Das AG Plön hat mit Urteil vom 10.12.2007 – 2 C 650/07 – entschieden, dass eine „Schufa“-Meldung nur bei vertragswidrigem Verhalten des Schuldners und nur nach Abwägung der betroffenen Interessen erfolgen darf. Dies führt in aller Regel dazu, dass mit ernst zu nehmenden Argumenten bestrittene Zahlungsverpflichtungen nicht gemeldet werden dürfen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-341-5 unter www.betriebs-berater.de

Insolvenzrecht**Qualitätssicherung in Insolvenzverfahren**

Im Forum „Qualitätssicherung in Insolvenzverfahren“ werden unter der Internet-Adresse www.justizforum.nrw.de die Ergebnisse des gleichnamigen Workshops zur Diskussion gestellt. Richter, Rechtspfleger und Insolvenzverwalter befassten sich am 12./13.11.2007 mit der Frage, wie die Justiz zu einer optimalen Abwicklung von Insolvenzverfahren beitragen kann, und inwieweit hier Verbesserungsbedarf besteht. Das Forum, an dem sich jedermann beteiligen kann, ist im Zeitraum vom 10.1.–11.4.2008 unter der angegebenen Internet-Adresse für die Einstellung von Beiträgen geöffnet.